

A14 **Transparenz, Mitbestimmung, Chancengerechtigkeit - Für ein zukunftsweisendes Hochschulrecht in Bayern**

Antragsteller*in: Verena Osgyan (KV Nürnberg-Stadt),
Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

1 Die Corona-Pandemie zeigt uns sehr deutlich, welche existenzielle Rolle
2 Wissenschaft und wissenschaftliche Erkenntnis für unsere Gesellschaft spielt.
3 Noch kurz davor hätte es wahrscheinlich niemand für möglich gehalten, dass
4 Virolog*innen zu Superstars werden und der Kanal eines Charité-Professors zu
5 einem der beliebtesten Podcasts in Deutschland wird.

6 Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen – nicht nur angesichts
7 der Corona-Pandemie. Klimakrise und Umweltzerstörung, gesellschaftliche
8 Ungleichheiten und zunehmende gesellschaftliche Spaltung sind die großen
9 Herausforderungen unserer Zeit. Eine Schlüsselrolle bei deren Lösung haben
10 unsere Hochschulen. Sie forschen und lehren, damit wir die Antworten für die
11 wichtigen sozialen, gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Fragen
12 haben.

13 Wir Grünen wollen den Wissenschaftsstandort Bayern zukunftsfähig aufstellen.
14 Dafür braucht es neben angewandter Forschung in allen Bereichen insbesondere
15 auch Geistes- und Sozialwissenschaften, die sich zum Beispiel mit unserem
16 Zusammenleben und der gesellschaftlichen Transformation beschäftigen. Und
17 natürlich brauchen wir auch Lehre, die eng an die Forschung geknüpft ist.

18 Für einen innovativen Wissenschaftsstandort Bayern braucht es ein
19 zukunftsweisendes Hochschulgesetz, das die veralteten Paradigmen der
20 *unternehmerischen Hochschule* und der *Ordinarienuniversität* endlich hinter sich
21 lässt und demokratische und diverse Hochschulen ermöglicht. Wissenschaft in
22 Freiheit und Verantwortung, die in der Lage ist, die Herausforderungen der
23 Zukunft zu untersuchen und Lösungen zu identifizieren, zeichnet sich durch
24 Transparenz, Mitbestimmung, Diversität und Nachhaltigkeit aus.

Nachhaltigkeit als Aufgabe

26 Nachhaltigkeit und sozial-ökologische Fragestellungen sind die zentralen Themen
27 unserer Zeit. Nachhaltiges Handeln muss Aufgabe und Leitbild unserer Hochschulen
28 werden. Sie müssen in die Lage versetzt werden, Forschung und Lösungen in Sachen

29 Nachhaltigkeit schnell in die Praxis zu überführen. Wir wollen außerdem
30 tierversuchsfreie Forschung und Lehre fördern.

31 **Finanzierung und Infrastruktur**

32 Um die Forschung in Sachen Nachhaltigkeit, Klima und Umwelt zu befördern,
33 braucht es aber nicht nur hochschulrechtliche Rahmenbedingungen, sondern
34 insbesondere auch eine sichergestellte Finanzierung. Eine solide
35 Grundfinanzierung schafft die Basis für gute Beschäftigungsbedingungen und
36 wissenschaftliche Freiheit. Forschung, die nur wirtschaftlichen Zwängen
37 unterstellt ist, kann keine Innovationen hervorbringen.

38 Deswegen setzen wir uns für eine Transparenzklausel bei der Einwerbung von
39 Drittmitteln ein, wie andere Bundesländer es vormachen. So kann leicht
40 recherchiert werden, von wem Forschungsprojekte finanziert werden und ob es
41 wirtschaftliche Interessenskonflikte dabei gibt.

42 Nicht zuletzt sind auch die Räume, in denen Forschung und Lehre stattfindet,
43 grundlegend für ihr Gelingen. Leider sind es keine Einzelfälle, dass
44 Forscher*innen in Bayern wortwörtlich die Decke auf den Kopf fällt oder
45 Studierende neben sich das Wasser von der Decke tropfen hören, während sie in
46 der Bibliothek über Büchern brüten. Es braucht endlich einen Plan, um den
47 unfassbaren Sanierungsstau der bayerischen Hochschulen von über 5,8 Milliarden
48 Euro abzubauen.

49 **Wissenstransfer**

50 Die Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, ihre wissenschaftlichen
51 Erkenntnisse auch der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Wie
52 Wissenschaftler*innen das gelingen kann, sieht man in der derzeitigen Corona-
53 Pandemie. Gleichwohl ist das nur ein sehr kleiner Teil sehr engagierter
54 Forscher*innen, die sich die Zeit für Wissenschaftskommunikation nehmen können.
55 Ihnen steht ein ganzes Heer pseudowissenschaftlicher Publizist*innen gegenüber.
56 Wollen wir Fake News und Verschwörungsmymen entgegenwirken, brauchen wir mehr
57 professionelle Wissenschaftskommunikation. Dazu braucht es verlässliche
58 Karrierewege in dem Bereich, eine solide Ausstattung und mehr entsprechende Aus-
59 und Weiterbildungsangebote.

60 Wir streben nach dem baden-württembergischen Vorbild eine obligatorische Open-
61 Acces-Zweitveröffentlichung für Forschungsergebnisse an, die mit öffentlichen
62 Mitteln erlangt wurden. So kann nicht nur die Allgemeinheit an aktuellen
63 wissenschaftlichen Erkenntnissen teilhaben, sondern man wirkt auch dem Oligopol
64 der wenigen großen Wissenschaftsverlage entgegen.

65 Studierenden, Alumni und Forscher*innen sollen die Hochschulen Unterstützung in
66 Form von Räumlichkeiten, IT- und Bibliotheksinfrastruktur zur Verfügung stellen,
67 um ihnen damit bei der Gründung von Start-Ups, gemeinnützigen Unternehmen und
68 anderen Innovationen unter die Arme zu greifen. Mit Zugriff auf öffentliche
69 Forschungsergebnisse können sie ihre Gründungsideen weiter unterfüttern.

70 **Demokratische Governance**

71 Die Pläne der Staatsregierung, den Präsidien der Hochschulen noch mehr
72 Machtbefugnisse zu übertragen und den hochschulinternen Gremien weitere Rechte
73 zu entziehen, lehnen wir entschieden ab. Unter dem Deckmantel der
74 unternehmerischen Hochschule soll es hier in ein Zeitalter zurückgehen, das
75 dunkler klingt als die Ordinarienuniversität vor den Reformen nach 1968.

76 Wissenschaft ist ein Diskussionsprozess auf Augenhöhe. Sie ist in ihrer
77 Arbeitsweise demokratisch. Entsprechend müssen die Beteiligungsstrukturen der
78 Hochschulen demokratisch sein. Wir wollen Hochschulgremien in Bayern paritätisch
79 besetzen, nachdem viele Hochschulen in anderen Bundesländern damit bereits sehr
80 gute Erfahrungen machen.

81 Für eine gelingende Mitbestimmung ist aber auch die Interessenvertretung
82 der Statusgruppen zentral. Die Studierenden sind zwar die größte Gruppe an
83 Bayerns Hochschulen, jedoch auch die, die am meisten von anderen abhängig ist.
84 Deswegen gehört für uns die Wiedereinführung einer selbstverwalteten
85 Studierendenschaft zwingend zu einer Hochschulrechtsnovelle. Durch diese können
86 dann auch Verträge geschlossen werden, um bspw. deutlich einfacher
87 Semestertickets zu ermöglichen.

88 **Diversität**

89 Wissenschaft braucht die Diversität ihrer Mitglieder und Fachrichtungen. Hierzu
90 bedarf es offener, diskriminierungsfreier Zugänge zur Hochschule, ein
91 selbstbestimmtes Studium und einer Gleichstellungspolitik, die ihren Namen
92 verdient. Dreh- und Angelpunkt sind Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, die
93 ihren Aufgaben vollumfänglich nachkommen können mit ausreichend Rechten,
94 Finanzierung und Personal. Sie sollen auch in wichtigen Gremien wie den
95 Hochschulleitungen und den Hochschulräten ihr Stimmrecht ausüben. Sie sollen
96 mehr Einflussmöglichkeiten auf Berufungen, Einstellungs- und Bleibeverhandlungen
97 erhalten.

98 Wir stellen uns eine Hochschule vor, in der sowohl die Professor*innenschaft als
99 auch die Gremien gleichberechtigt besetzt sind. Daher schlagen wir ein
100 Kaskadenmodell für die Berufung von Professor*innen vor und wollen
101 Hochschulgremien paritätisch besetzen. So schaffen wir weibliche Rollenvorbilder
102

und bringen auch die Sicht von Frauen in den Gremien ein.

103 Für andere Formen der Diskriminierung, ebenso wie für sexuelle Belästigung soll
104 es klare Ansprechpartner*innen an den Hochschulen geben, die für Awareness und
105 Beratung zuständig sind, aber auch als Ombudspersonen auftreten sollen.

106 Zudem braucht es verbindliche Gleichstellungskonzepte. Die Vereinbarkeit von
107 Studium, Lehre und Forschung mit familiären, Betreuungs- und weiteren
108 Verpflichtungen ist für uns ein Muss.

109 **Studium und Lehre**

110 Zur besseren Vereinbarkeit von Studium und Familie wollen wir ein Recht auf
111 Teilzeitstudium verankern. Das würde auch zu einer besseren Durchlässigkeit
112 zwischen Ausbildung und Studium führen, da ein berufsbegleitendes Studium somit
113 viel einfacher realisierbar wird.

114 Hochschullehrer*innen sollen mit ihren Doktorand*innen verpflichtende
115 Promotionsvereinbarungen eingehen, in denen Ziele und
116 Qualitätssicherungsinstrumente festgehalten werden. Gleichzeitig sollen
117 forschungsstarke Fachbereiche der Hochschulen für angewandte Wissenschaften
118 ebenfalls ein Promotionsrecht bekommen.

119 **Gute Arbeit in der Wissenschaft**

120 Eine auskömmliche staatliche Grundfinanzierung soll prekäre
121 Beschäftigungsbedingungen vermeiden. Daueraufgaben sollen in Zukunft auch von
122 Dauerstellen wahrgenommen werden. Wir wollen es ermöglichen, dass
123 Lehrbeauftragte, die oft schon viele Jahre in dem Bereich tätig sind, sich auch
124 auf diese Stellen bewerben können. Die Lehraufträge sollen damit wieder ihren
125 ergänzenden Charakter bekommen. Gleichzeitig sollen die Lehrbeauftragten auch
126 das Recht bekommen, sich in die akademischen Gremien einzubringen.

127 Für den wissenschaftlichen Nachwuchs braucht es verlässliche
128 Karriereperspektiven. Das Tenure-Track-Modell soll dafür auf rechtlich sicherere
129 Füße gestellt werden. In Wissenschaftsmanagement und Wissenschaftskommunikation
130 sollen mittelfristig eigene Karrierewege entstehen, die gute
131 Arbeitsmöglichkeiten für Absolvent*innen bilden.

Begründung

Die Staatsregierung plant offenbar, in der kommenden Hochschulrechtsnovelle, die Hochschulen komplett zu deregulieren. Es ist die Rede von der „Entfesselung“ der Hochschulen und der Beseitigung von

„Gremienhemmnissen“. Allein der Duktus, der hier an den Tag gelegt wird, widerspricht allem, was wir unter zukunftsgewandter Hochschulpolitik verstehen.

Das Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ hat seinen Zenit längst überschritten; das sieht man an den diversen Hochschulrechtsreformen anderer Bundesländer, die heute in eine andere Richtung gehen. Nicht so die Staatsregierung, offenbar unter dem Einfluss einiger weniger Stakeholder. So sollen die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in eigenständige Körperschaften umgewandelt und von demokratischer Kontrolle – etwa durch den Landtag – entkoppelt werden. Auch finanziell würden die dann mit Pauschalbudgets ausgestatteten Hochschulen nach diesem Modell auf eigenes Risiko handeln. Zudem sollen die Hochschulleitungen weiter gestärkt und gewählte Gremien entmachtet werden. Der Fokus soll auf wirtschaftlich verwertbaren Fächern liegen. Damit werden jedoch die Wissenschaftsfreiheit und letztendlich der Wissenschaftsstandort Bayern nachhaltig zerstört.

Dem Entwurf der Staatsregierung wollen wir ein grünes Hochschulgesetz für die Zukunft entgegenstellen: Wir betonen und stärken die demokratische Verfasstheit der Hochschulen. Wir etablieren eine angemessene Partizipation aller Statusgruppen an den bayerischen Hochschulen. Wir setzen den Akzent auf die gesellschaftliche Bedeutung der Hochschulen, verpflichten sie auf Nachhaltigkeit, Transparenz und Tierschutz und möchten die Hochschulen zu modernen, von Diversität und Gleichstellung geprägten Studien- und Arbeitsorten machen.

Unterstützer*innen

Eike Hallitzky (KV Passau-Land), Benjamin Adjei (KV München), Julia Borghoff (KV München), Sanne Kurz (KV München), Claudia Köhler (KV München-Land), Josef Monatzeder (KV München), Christian Zwanziger (KV Erlangen-Stadt), Reinhold Glasl (KV Günzburg), Anais Schuster-Brandis (KV München), Ssaman Mardi (KV Regensburg-Stadt), Joel Keilhauer (KV München), Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt), Frank Leitner (KV Fürth-Stadt), Andrea Hecking (KV Forchheim), Florian Siekmann (KV München), Beate Walter-Rosenheimer (KV Fürstenfeldbruck), Susanne Herrmann (KV München), Hannes Gustav Melichar (KV Würzburg-Stadt), Wolfgang Hofmann (KV Bad Kissingen), Michael Gerr (KV Würzburg-Stadt), Luis Reithmeier (KV Bamberg-Stadt), Jarl Hengstmengel (KV Augsburg-Stadt), Matthias Ernst (KV Straubing-Bogen), Paul Neumaier (KV Bayreuth-Stadt), Dorothea Gaumnitz (KV Erlangen-Land), Manuel Mühlbauer (KV Main-Spessart), Gerrit Siegers (KV München), Michael Schrader (KV Freising), Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt), Benedikt Clemens Mader (KV Erlangen-Stadt), Judith Bogner (KV Mühldorf), Gisbert von Eyb (KV Nürnberg-Stadt), Eike Hallitzky (KV Passau-Land), Katharina Sparrer (KV Ansbach), Stephanie Eikerling (KV Miesbach), Tim Höfler (KV Aschaffenburg-Land), Kathrin Düdler (KV München), Ludwig Sporrer (KV München), Heidi Reiser (KV Landsberg-Lech), Ujvesa Pronaj (KV Coburg-Stadt), Herbert Sirois (KV Ansbach)